



Plenarprotokoll

80. Sitzung

Donnerstag, 3. Juni 2021

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	9353	2 Fragestunde	9370
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	9353	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
1 Aktuelle Stunde	9354	Auswirkungen der Fusionspläne von Deutsche Wohnen und Vonovia auf den Berliner Wohnungsmarkt	9370
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ulker Radziwill (SPD)	9370
Wir brauchen eine neue Gründerzeit: Die Berliner Wirtschaft braucht einen Neustart, um nach Corona wieder in Schwung zu kommen!	9354	Senator Dr. Matthias Kollatz	9370
(auf Antrag der AfD-Fraktion)		Ulker Radziwill (SPD)	9371
in Verbindung mit		Senator Dr. Matthias Kollatz	9371
29 Wir brauchen einen „Blue Deal“ für die Berliner Wirtschaft I – Gewerbeflächenkataster transparent und unbürokratisch öffentlich machen!	9354	Daniel Buchholz (SPD)	9371
Antrag der AfD-Fraktion		Senator Dr. Matthias Kollatz	9371
Drucksache 18/3704		Termine beim Bürgeramt	9372
Frank-Christian Hansel (AfD)	9354	Stephan Lenz (CDU)	9372
Jörg Stroedter (SPD)	9356	Senator Andreas Geisel	9372
Thomas Isenberg (SPD)	9358	Stephan Lenz (CDU)	9373
Jörg Stroedter (SPD)	9358	Senator Andreas Geisel	9373
Christian Gräff (CDU)	9359	Tim-Christopher Zeelen (CDU)	9374
Harald Gindra (LINKE)	9361	Senator Andreas Geisel	9374
Sebastian Czaja (FDP)	9363	Mietenregelung für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften	9374
Andreas Otto (GRÜNE)	9365	Gabriele Gottwald (LINKE)	9374
Bürgermeisterin Ramona Pop	9367	Senator Sebastian Scheel	9374
Ergebnis	9370	Gabriele Gottwald (LINKE)	9374
		Senator Sebastian Scheel	9374
		Katrin Schmidberger (GRÜNE)	9375
		Senator Sebastian Scheel	9375
		Tweets der Polizei Berlin	9375
		Harald Moritz (GRÜNE)	9375
		Senator Andreas Geisel	9375
		Harald Moritz (GRÜNE)	9375

Dennis Buchner (SPD)	9403	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	9423
Stefan Evers (CDU)	9403	Frank-Christian Hansel (AfD)	9424
Dennis Buchner (SPD)	9403	Ergebnis	9424
Stefan Evers (CDU)	9403	3.6 Priorität der Fraktion der FDP	9425
Ülker Radziwill (SPD)	9404	25 Entwicklung des Flughafens Tempelhof	
Harald Laatsch (AfD)	9406	zügiger voranbringen!	9425
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	9407	Antrag der Fraktion der FDP	
Stefan Förster (FDP)	9408	Drucksache 18/3570	
Torsten Schneider (SPD)	9409	Sibylle Meister (FDP)	9425
Stefan Förster (FDP)	9409	Torsten Schneider (SPD)	9426
Gabriele Gottwald (LINKE)	9409	Christian Goiny (CDU)	9427
Stefan Förster (FDP)	9409	Katalin Gennburg (LINKE)	9428
Ergebnis	9410	Frank-Christian Hansel (AfD)	9429
Beschlusstext	9449	Daniela Billig (GRÜNE)	9430
3.4 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die		Ergebnis	9431
Grünen	9410	17 Kurswechsel bei den	
20 Abgabenordnung ergänzen –		Coronaeindämmungsmaßnahmen –	
Zweckentfremdungsverbote auch mit		Außergastronomie öffnen!	9431
Steuerdaten durchsetzen	9410	Beschlussempfehlung des Ausschusses für	
Dringliche Beschlussempfehlung des		Wirtschaft, Energie, Betriebe vom	
Hauptausschusses vom 26. Mai 2021		17. Mai 2021	
Drucksache 18/3754		Drucksache 18/3738	
zum Antrag der Fraktion der SPD, der		zum Antrag der AfD-Fraktion	
Fraktion Die Linke und der Fraktion		Drucksache 18/3604	
Bündnis 90/Die Grünen		in Verbindung mit	
Drucksache 18/3506		19 Anpassungen aus der Coronakrise –	
Benedikt Lux (GRÜNE)	9410	bürokratische Hürden für die	
Christian Goiny (CDU)	9412	Infrastruktur abbauen	9431
Daniel Buchholz (SPD)	9413	Beschlussempfehlung des Ausschusses für	
Dr. Kristin Brinker (AfD)	9414	Umwelt, Verkehr, Klimaschutz vom	
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	9415	17. Mai 2021	
Sibylle Meister (FDP)	9416	Drucksache 18/3740	
Ergebnis	9417	zum Antrag der Fraktion der FDP	
Beschlusstext	9448	Drucksache 18/2638	
3.5 Priorität der AfD-Fraktion	9417	und	
30 Wir brauchen einen „Blue Deal“ für die		24 A Elfte Verordnung zur Änderung der	
Berliner Wirtschaft II – Wissenstransfer		Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung	9431
und Fachkräfte – Stärkung der Berliner		Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß	
Wirtschaft als Schwerpunkt der neuen		Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin	
Hochschulverträge	9417	Drucksache 18/3775	
Antrag der AfD-Fraktion			
Drucksache 18/3705			
Christian Buchholz (AfD)	9417		
Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)	9418		
Adrian Grasse (CDU)	9419		
Zitieren von Senatsmitgliedern			
(Regierender Bürgermeister Michael			
Müller)	9419		
Adrian Grasse (CDU)	9420		
Tobias Schulze (LINKE)	9421		
Stefan Förster (FDP)	9422		

Präsident Ralf Wieland:

Für die SPD-Fraktion folgt jetzt der Kollege Schneider.

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Ihnen zu nahe treten zu lassen,

[Karsten Woldeit (AfD): „Zu nahe treten zu wollen“ ist korrekt!]

Frau Kollegin Meister, aber über eins der potenziell größten Investitionsprojekte, Großvorhaben dieses Bundeslandes zu reden, ohne den Kostenaspekt auch nur einmal in den Mund zu nehmen, das ist wirklich, ich sage mal, bemerkenswert, damit ich auf der Ebene der Höflichkeit bleibe.

[Beifall von Anne Helm (LINKE) –
Lachen von Sibylle Meister (FDP) –
Paul Fresdorf (FDP): Das kann nicht jeder!]

Tempelhof ist ein geschichtsträchtiger Ort, und damit will ich beginnen. Für uns, die wir, was im Haus bekannt ist, die Sanierung oder die Intaktsetzung Tempelhofs damit begonnen haben, dass auf unseren Vorschlag hin 139 Millionen Euro im SIWA bereitgestellt wurden – damit geht ein politisches Bekenntnis und der Beginn eines großen Vorhabens einher –, ist klar: Wenn man in Tempelhof zu Nutzungskonzepten und zur Entwicklung kommt, dann muss es einen angemessenen Umgang mit der wechselvollen Geschichte dieser Liegenschaft und insgesamt geben. Da sind wir klar sortiert, und ich glaube, da kann man hier im Haus Konsens feststellen.

Zum anderen ist es eine echte politische Entscheidung. Es nutzt nichts, wenn wir jetzt sagen, es gibt einen Vorhabenträger, das Deutsche Technikmuseum, das Alliiertenmuseum oder den Wissenschaftsstandort vom Potsdamer Platz, die woanders untergebracht werden müssen, denn sie füllen insgesamt nicht mal ansatzweise diese Immobilie;

[Sibylle Meister (FDP): Ja!]

das ist uns doch klar. So sehr wir das unterstützen und vollkommen verstehen, ist doch das Grundproblem – Sie haben es gestreift –, dass es noch keine klare Grundlagenverabredung gibt, wie man das sektoral aufteilt. Das ist aber nur der zweite Schritt. Das ganze Haus muss sich dazu bekennen, dort nicht 1,50 Euro, sondern mindestens 1 Milliarde, nach meiner persönlichen Einschätzung 2 Milliarden Euro reinzustecken.

[Stefan Förster (FDP): Haben wir auch fürs Stromnetz!]

– Die Summe bezahlen wir aber nicht aus dem Haushalt, Herr Kollege! – Das ist vielmehr echtes Haushaltsgeld. Und diese Verabredung müssen wir seriös miteinander treffen. Diese Entscheidung – Jochen Esser, der ehemalige finanzpolitische Sprecher der Grünen, hat früher gesagt, dass sich das Land nur ein solches Großprojekt leisten kann –, wenn wir uns dahinter versammeln, wenn

wir sagen, wir wissen das, wir akzeptieren das, und Berlin verabredet sich, diese Immobilie in dem skizzierten Maße als ein Großprojekt anzufassen in Ansehung der Risiken, die mit der Bausubstanz, der Genehmigungsfähigkeit nach heutigen Standards, dem angemessenen geschichtlichen Umgang zu tun haben, dann haben wir ein Fundament, und diesem Fundament wohnt das Bekenntnis inne, dass man möglicherweise einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr im Haushalt priorisiert. Hier aber nur von einzelnen kleinen Projekten, die alle ihre Anhänger haben, zu reden, wird diesem Anspruch so nicht gerecht, Frau Kollegin Meister!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Dann kommen wir zu einem zweiten Punkt: Es setzt voraus, dass man dieses Bekenntnis hat. Dann muss man sich auch sektoral verständigen. Es trifft zu: Die SPD findet es plausibel, auch in dieser Großimmobilie, einer der größten Immobilien der Welt, eine Verwaltungsnutzung anzustreben. Da kann man über die Kommazahl, die Prozentzahl miteinander reden, aber wir halten das für erforderlich, und zwar aus folgendem fiskalischen Zusammenhang: Wir mieten, Tendenz steigend – quantitativ und qualitativ –, im privaten Markt für über 1 Milliarde Euro im Jahr konsumtiv Objekte für die Unterbringung der Verwaltung an, leisten uns aber gleichzeitig eine solch große Immobilie, die wir sanieren könnten. Das ist eine Unplausibilität. Deshalb sagen wir: Da muss natürlich auch Verwaltungsnutzung rein! – Die Mischung, die im Senat diskutiert wird, finden wir auch innovativ, jedenfalls mehrheitlich – selbstverständlich, das passt zu Berlin: kulturelle Nutzung, Start-ups usw. Aber ohne das Grundbekenntnis geht es nicht.

Außerdem müssen wir uns ernsthaft über Denkmalschutz unterhalten. Ich erwarte Folgendes: Ohne, dass man das Gesetz ändert, darf der Denkmalschutz nicht nur Denkmalschutzaspekte als Abwägung öffentlicher Interessen wahrnehmen, sondern selbstverständlich spielen auch übergeordnete fiskalische Aspekte eine Rolle – die Mitglieder des Hauptausschusses wissen, was ich meine, zum Beispiel das komische Konstrukt am Olympia-Stadion, das keiner haben will, aber wir sollen dafür 50 Millionen Euro auf den Tisch legen; das kann nicht sein. Auch dazu brauchen wir ein Bekenntnis und eine Verabredung.

Letzten Endes gehört zu Tempelhof selbstverständlich auch der Flughafen selbst. Wir hier im Parlament evaluieren uns ständig, manchmal mehrfach im Jahr, indem wir Gesetze novellieren, oder alle zwei Jahre, aber jedenfalls nach zehn Jahren gucken wir hin. Die SPD und die SPD-Fraktion sind der Auffassung, dass das, was für den parlamentarischen Gesetzgeber gilt, nämlich zu prüfen, ob man noch State of the Art ist, auch für den Volksgesetzgeber gelten kann. Da werden wir keinen Konsens erzielen, mutmaßlich ich mal; ich wollte Ihnen aber unsere Position verdeutlichen. Für uns bedeutet Tempelhof Freiheit und Freifläche, würdiges Gedenken, prosperierende

(Torsten Schneider)

Entwicklung, aber eben auch die Überlegung, ob nicht am Rand eine sinnvolle, sozialverträgliche Bebauung neu gedacht werden kann.

[Katalin Gennburg (LINKE): Ein Kessel Buntes!]

Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Für die CDU-Fraktion folgt Herr Goiny.

Christian Goiny (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Torsten Schneider! Ja – es ist allerdings auch so, dass durch Nichtstun noch nie so eine Baumaßnahme günstiger geworden ist, wenn man sagt, man braucht erst ein Gesamtkonzept.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Es wurde sehr diplomatisch umschrieben, dass man da weiterhin nichts tun will. Hoffentlich gilt die Aussage, alle zehn Jahre gucken wir uns irgendwelche Sachen an, nicht für den Flughafen Tempelhof. Das wäre schade, wenn man da erst in zehn Jahren tätig werden würde.

Ich will auch deutlich sagen: Ja, wir wollen nicht zu viel Geld ausgeben für angemietete Standorte für die Verwaltung, aber wir haben landeseigene Flächen, wo man etwas unterbringen kann. Wir haben schon bei den letzten Haushaltsberatungen thematisiert, dass wir baulich nicht voll ausgenutzte große Polizeiliegenschaften haben, bei denen mal einmal darüber nachdenken kann, ob da nicht die Polizei moderner, effizienter und wirtschaftlicher auf landeseigenen Flächen untergebracht werden kann als im Flughafen Tempelhof. Da wäre also für den Teil eine Lösung vorhanden.

Frau Kollegin Meister! In der Tat finden wir nicht, dass die Tempelhof Projekt GmbH schuld daran ist. Wenn man die machen lassen würde, sind die ziemlich gut aufgestellt. Durch die Vielzahl der Mieterinnen und Mieter, die es dort gibt, ist das eine Riesenaufgabe. Ich glaube, wir würden uns keinen Gefallen tun, wenn wir das der BIM übertragen würden, die dafür erst einmal eine Struktur aufbauen müsste. Die Tempelhof Projekt GmbH hat vor Ort Leute, die sich auskennen. Man muss die nur mal machen lassen. Das ist der Punkt, an dem wir nicht vorankommen.

Natürlich werden wir das Gebäude nicht in einem Schlag sanieren, natürlich wird das in Abschnitten über viele Jahre gehen, nur, man muss mal anfangen. Das genau ist der politische Vorwurf, den wir an Rot-Rot-Grün, an den Senat richten, dass man das nicht macht. Ich muss leider sagen, dass die Koalitionsfraktionen mehr auf der Bremse stehen als der Senat. Im Hauptausschuss haben wir zur

Unterbringung der DFFB oder zu den Optionen der Unterbringung der DFFB auf dem Flughafen eine sehr lesenswerte Vorlage von der Senatskanzlei bekommen; sie ist heute oder gestern bei uns eingegangen. Wenn man das so machen würde, wie der Senat uns das vorschlägt, wären wir mit der DFFB einen guten Schritt weiter. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün, von den Fraktionen müssen sich mal entscheiden, ob Sie das verhindern wollen oder ob Sie das jetzt mal freigeben wollen.

[Beifall bei der FDP]

Die Finanzierung wäre möglich, es wäre wirtschaftlicher. Sie müssen es einfach mal machen und nicht auf eine Gesamtgemengelage warten, die am Ende des Tages nicht trägt und die vor allem auch gar nicht erkennbar ist. Zu dem, was der Kollege Schneider hier gerade vorgetragen hat: Wann kommt denn mal eine Verabredung? Woran scheitert sie denn noch? Ich glaube, an der CDU-Fraktion und an der FDP-Fraktion würde es gar nicht scheitern. Wir würden sofort mitmachen, wenn man sich hier verabreden wollte. Sagen Sie doch jetzt einmal, woran es scheitert in Tempelhof, etwas zu tun.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Im Übrigen sind wir – davor möchte ich auch ein Stück weit warnen, es klingt am Ende auch so ein bisschen bei der FDP durch – als Staat und Verwaltung immer die schlechtesten Planer für Kreativität. Vielleicht kann man bei der Nutzung der Hangars ein paar große strategische Vorgaben wie Technikmuseum, DFFB machen, aber den Rest, da sind die Leute, die Start-ups, die Kultur, die Kreativität, die die ganze Vielfalt dieser Stadt ausmachen, viel findiger zu sagen, welches Gebäude das richtige wäre oder welcher Gebäudeteil. Da sollten wir nicht zu viele Vorgaben machen, weil teilweise auch die Mischung unterschiedlicher Kreativ- und Kulturbereiche inspiriert und letztlich dazu führt, dass eben Berlin bereichert wird und am Ende dieses Gebäude auch wieder Steuereinnahmen bringt, weil da Unternehmerinnen und Unternehmer sitzen, die die Stadt attraktiver machen, Steuern zahlen und tatsächlich auch ein Gewinn für uns sind.

Das verhindern Sie momentan, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und Linken, indem Sie nämlich dafür sorgen, dass hier nichts vorangeht. Ja, das ist ein Milliardenprojekt. Ja, das dauert bestimmt zehn Jahre, bis wir da vorankommen. Aber in kleinen Schritten sind einzelne Teile nutzbar zu machen. Sie sind relativ kurzfristig nutzbar zu machen. Es werden auch schon Teile genutzt. Das kann man machen.

Am Ende finde ich es dann auch sehr traurig, dass die Senatsstadtentwicklungsverwaltung jetzt durch eigenes Versagen dazu beiträgt, dass der älteste Club, den wir an dem Standort haben, nämlich der Silverwings Club – das war jetzt auch in der Presse zu lesen – in Bedrängnis gerät, weil dem Senat für die Unterbringung der Potse jetzt nichts anderes eingefallen ist, als sie direkt darunter